



- Gruppe NRW -

Stellungnahme des Bündnis Verkehrsinitiativen (BVI) zum Koalitionsvertrag in NRW

Am Montag, den 27.06.2022 hat die neue Nordrheinwestfälische Landesregierung von CDU und GRÜNE ihren Koalitionsvertrag unterzeichnet. Aus Sicht der NRW-Gruppe des Bündnis Verkehrsinitiativen (BVI) bieten die Aussagen zum Bau neuer Bundesstraßen und Autobahnen Chancen für eine Verkehrswende, die nun unbedingt genutzt werden müssen.

Das BVI ist ein deutschlandweites Bündnis aus über 80 Verkehrsinitiativen, die alle gemeinsam ein Moratorium für den Neu- und Ausbau von Autobahnen und Bundesfernstraßen fordern und sich für einen klimagerechten Bundesverkehrswegeplan (BVWP) einsetzen.

Im aktuellen BVWP 2030 sind bundesweit über 1.300 neue Straßen geplant, davon allein in NRW über 300. Viele davon basieren auf den verkehrspolitischen Vorstellungen des letzten Jahrhunderts. Sie werden den heutigen Ansprüchen an eine klima- und umweltfreundliche Verkehrsplanung in keiner Weise mehr gerecht. Diese Planungen müssen endlich beendet werden.

Als dem bevölkerungsreichsten Bundesland, kommt NRW eine besondere Bedeutung zu, bei der notwendigen Mobilitätswende und dem Klimaschutz. Deshalb ist es sehr gut in dem Koalitionsvertrag zu lesen, dass die neue Landesregierung dem Erhalt von Straßen den Vorrang gibt, vor Neubauten.

**"Die Novellierung des BVWP durch die Bundesregierung werden wir konstruktiv begleiten..."
Ein eindeutiges Bekenntnis zum Moratorium findet sich in dem Vertrag jedoch nicht.**

Bei der Ankündigung zur Überprüfung und Neuaufstellung des BVWP durch die Bundesregierung hätten wir uns eine klare Aussage zu einem Moratorium für die NRW- Straßenbauprojekte gewünscht. Nach unserer Einschätzung bieten die Formulierungen im Vertrag dennoch sehr gute Möglichkeiten, im Sinne eines Moratoriums zu handeln.

Wörtlich heißt es im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung:

„Seitens des Bundes ist die Novellierung des Bundesverkehrswegeplans angekündigt. Wir werden diesen Prozess konstruktiv begleiten. Unser Ziel ist, dass auch bei der Umsetzung der Bundesstraßen- und Bundesautobahnprojekte eine gute Abwägung zwischen verkehrlichem Bedarf, Finanzierung und Klimaschutz getroffen wird. Bis zu dieser Novellierung werden die laufenden Projekte weiterbearbeitet. Es werden bis dahin keine neuen Planungen aufgenommen.“



- Gruppe NRW -

Ohne einen neuen klimagerechten Bundesverkehrswegeplan sind die bundesweiten CO₂-Einsparungen im Verkehrsbereich nicht erreichbar. Im Gegenteil: Auch mit den geplanten 15 Millionen Elektroautos bis 2030 würden sie um 135 Millionen Tonnen drastisch verfehlt. Deshalb darf der motorisierte Individualverkehr, durch den Bau immer neuer Straßen, nicht immer noch mehr ausgeweitet werden, zumal das benötigte Ökostromangebot noch auf viele Jahre sehr knapp bleiben wird.

Die von der neuen NRW-Landesregierung angekündigte konstruktive Begleitung bei der Novellierung des Verkehrswegeplans ist nichts für später - sie muss sofort beginnen.

Für uns bedeutet das vor allem, dass durch die erwähnte Weiterarbeit an laufenden Projekten keine unumkehrbaren Fakten geschaffen werden dürfen, für Straßen, die anschließend - in einem neuen Bundesverkehrswegeplan - überhaupt nicht mehr enthalten sein werden. Dafür Sorge zu tragen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Landesverkehrsministers.

Die Zusammenlegung des Verkehrsministeriums mit dem Umweltministerium bietet aus unserer Sicht die Chance die gewaltigen Schäden für Umwelt und Klima beim Straßenbau näher in den Blick zu nehmen und beim Abwägungsprozess besser zu berücksichtigen. Die meisten NRW-Straßenprojekte im Bundesverkehrswegeplan sind aus ökologischer Sicht verheerend.

Wir gehen deshalb davon aus, dass Umwelt- und Klimakriterien im neuen Ministerium zukünftig eine wesentlich größere Bedeutung bei der Bewertung der Straßenplanungen bekommen. Auch die Formulierung, dass bis zu einem neuen BVWP keine neuen Planungen aufgenommen werden, bietet die Möglichkeit, neue Planfeststellungsverfahren nicht mehr zu beginnen.

Nach Amtsantritt werden wir als BVI schnellstmöglich das Gespräch mit dem neuen Landesverkehrsminister suchen.

Für Rückfragen:

Wolfgang Weber-Bareit, 0160 8245832, bar.web@web.de

Alice Werner, 0163 4083105, alice.werner@netzwerk-lev-k.de

<https://www.buendnis-verkehrsinitiativen.com/>

